



Die Befragten sehen die Pläne der Regierung kritisch | © Africa images, Canva (Symbol)

## Kritik an geplantem Renteneintrittsalter und Abschaffung 8-Stunden-Tag

25. August 2026

*In einer repräsentativen [ver.di](#)-Befragung unter den ver.di-Mitgliedern, die mit Unterstützung des Meinungsforschungsinstituts [infratest dimap](#) durchgeführt wurde, sprechen sich die Befragten mit großer Mehrheit gegen die Erhöhung des Renteneintrittsalters und gegen die Abschaffung des 8-Stunden-Tages aus. Auch die Einführung einer Vermögenssteuer fand eine hohen Zustimmung.*

**Frank Werneke**, ver.di-Vorsitzender: „Die Umfrage-Ergebnisse senden ein starkes Signal an die Bundesregierung: Hände weg vom 8-Stunden-Tag und keine Verschlechterungen

bei der Rente! Wir brauchen stattdessen eine Rentenreform, die die Lebensleistung der Menschen anerkennt und ein ausreichend hohes Niveau in der gesetzlichen Rente sicherstellt. Und beim Thema Arbeitszeit fordern wir, dass die tägliche Höchstarbeitszeit von in der Regel acht Stunden erhalten bleibt, statt 13-Stunden-Schichten zu ermöglichen. Auch dies haben unsere Mitglieder mit ihren Aussagen in der Umfrage bekräftigt.“

Den Vorschlag, das gesetzliche Renteneintrittsalter an die statistische Lebenserwartung zu koppeln und damit schrittweise zu erhöhen, lehnen 83 Prozent der Befragten ab, nur elf Prozent finden ihn richtig. Zudem sorgt sich eine Mehrheit der Befragten darum, bis zur Rente gesundheitlich weiter wie bisher arbeiten zu können – 56 Prozent der Befragten bezweifeln dies, während 40 Prozent gegenteiliger Meinung sind.

Zu den Plänen zur Abschaffung des 8-Stunden-Tages im Arbeitszeitgesetz äußern sich die Befragten ebenfalls kritisch. Der Aussage „Ich hätte mehr Sorgen um meine Gesundheit“ stimmten 87 Prozent zu, während 81 Prozent eher dem Thema „Ich hätte größere Schwierigkeiten, Beruf und Familie/Freizeit zu vereinbaren“ zustimmten. Die Einführung einer Vermögenssteuer würden 81 Prozent der Befragten begrüßen und 14 Prozent ablehnen.

„Die Umfragewerte zeigen: Unsere Mitglieder wünschen einen starken Sozialstaat, und er ist finanzierbar. Die Auseinandersetzung um die Finanzierung des Sozialstaats ist ein Verteilungskonflikt. Der öffentlichen Armut steht ein gigantischer Reichtum gegenüber. Das private Nettovermögen beläuft sich auf fast 20 Billionen Euro. Das reichste Promille – 0,1 Prozent – besitzt ein Fünftel des gesamten Vermögens. Mit einer Vermögensabgabe und einer Vermögenssteuer können die Superreichen stärker an der Finanzierung des Sozialstaats beteiligt werden.“ (red)